



**RAT DER
EUROPÄISCHEN UNION**

**Brüssel, den 27. Februar 2001 (05.03)
(OR. fr)**

6051/01

LIMITE

PUBLIC 1

TRANSPARENZ

**Betr.: MONATLICHE AUFSTELLUNG DER RECHTSAKTE DES RATES
JANUAR 2001**

Dieser Aufstellung sind folgende Texte beigefügt:

- in **Anlage I** eine Aufstellung der vom Rat im Januar 2001 endgültig angenommenen Rechtssetzungsakte sowie in **Anlage II** die Protokollerklärungen, die der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. In der Aufstellung wird auch auf etwaige Gegenstimmen, Stimmenthaltungen und Erklärungen zur Stimmabgabe hingewiesen.

Es sei darauf hingewiesen, dass ausschließlich die die endgültige Annahme der Rechtssetzungsakte betreffenden Protokolle maßgebend sind. Die Auszüge aus den betreffenden Protokollen sowie die in den Anlagen I und II enthaltenen Angaben sind der Öffentlichkeit über die Eudor-Internet-Site (<http://www.eudor.com/>; siehe "Transparenz der Gesetzgebungs-tätigkeiten des Rates") zugänglich;

- in **Anlage III** eine Aufstellung der anderen vom Rat im Januar 2001 angenommenen Rechtsakte¹, in der gegebenenfalls auf Abstimmungsergebnisse, Erklärungen zur Stimmabgabe sowie Erklärungen hingewiesen wird, die gemäß Beschluss des Rates veröffentlicht werden.

¹ mit Ausnahme bestimmter Rechtsakte von begrenzter Tragweite wie Verfahrensbeschlüsse, Ernennungen, Beschlüsse von durch internationale Übereinkünfte eingesetzten Organen, punktuelle Haushaltsbeschlüsse usw.

JANUAR 2001			
ENDGÜLTIG ANGENOMMENE RECHTSETZUNGSAKTE	ANGENOMMENE TEXTE	ERKLÄRUNGEN	ABSTIMMUNG/ ERKLÄRUNGEN ZUR STIMMABGABE UND ABSTIMMUNGSREGEL
Annahme von Rechtsakten nach der zweiten Lesung des europäischen Parlaments im Rahmen des Mitentscheidungsverfahrens Empfehlung des Europäischen Parlaments und des Rates zur europäischen Zusammenarbeit bei der Bewertung der Qualität der Schulbildung (16.01.2001)	Bezugsdokumente 5183/01 PE-CONS 3607/01		Qualifizierte Mehrheit
2326. Tagung des Rates (Allgemeine Angelegenheiten) vom 19. Januar 2001 Richtlinie des Rates zur Änderung der Sechsten Richtlinie 77/388/EWG über das gemeinsame Mehrwertsteuersystem hinsichtlich der Geltungsdauer des Mindestnormalsatzes Entscheidung des Rates über die Leitlinien für beschäftigungspolitische Maßnahmen der Mitgliedstaaten im Jahr 2001	12735/00 + COR 1 (sv) + COR 2 (fi) 14375/00 + COR 1 (fi) + COR 2 (fr)	1/01	Einstimmigkeit Qualifizierte Mehrheit

JANUAR 2001			
ENDGÜLTIG ANGENOMMENE RECHTSETZUNGSAKTE	ANGENOMMENE TEXTE	ERKLÄRUNGEN	ABSTIMMUNG/ ERKLÄRUNGEN ZUR STIMMABGABE UND ABSTIMMUNGSREGEL
Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 95/2/EG über andere Lebensmittلزusatzstoffe als Farbstoffe und Süßungsmittel • Billigung der in 2. Lesung vorgenommenen Abänderung des Europäischen Parlaments	PE-CONS 3666 + COR 1 (fi)		Enthaltung F, L Erklärung zur Stimmabgabe F ¹ Qualifizierte Mehrheit
2328. Tagung des Rates (Landwirtschaft) vom 29. Januar 2001 Verordnung des Rates zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 404/93 über die gemeinsame Marktorganisation für Bananen	14442/00 + COR 1 (sv) + COR 2 (sv,pt) + COR 3 (da) + COR 4 (fi)	2/01, 3/01, 4/01, 5/01	Gegen UK Qualifizierte Mehrheit
Verordnung des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 2791/1999 mit Kontrollmaßnahmen für den Bereich des Übereinkommens über die künftige multilaterale Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Fischerei im Nordostatlantik	13539/00	6/01	Qualifizierte Mehrheit

¹ Anlage II, Seite 2

Beschluss des Europäischen Parlaments und des Rates zur Verlängerung bestimmter Aktionsprogramme der Gemeinschaft im Bereich der öffentlichen Gesundheit, die mit den Beschlüssen Nr. 645/96/EG, Nr. 646/96/EG, Nr. 647/96/EG, Nr. 102/97/EG, Nr. 1400/97/EG und Nr. 1296/1999/EG angenommen wurden, und zur Änderung dieser Beschlüsse	PE-CONS 3659/00		Qualifizierte Mehrheit
---	-----------------	--	------------------------

ERKLÄRUNG 1/01

"Die Mitgliedstaaten verpflichten sich - soweit dies heute absehbar ist - in der Zeit vom 1. Januar 2001 bis 31. Dezember 2005 nach Kräften darauf hinzuwirken, dass die derzeitige Marge von 10 Prozentpunkten oberhalb des von den Mitgliedstaaten gegenwärtig angewandten niedrigsten Normalsatzes nicht ausgeweitet wird."

ERKLÄRUNG DER FRANZÖSISCHEN DELEGATION ZUR STIMMABGABE

"Frankreich kann der Zulassung von Butan-, Propan- und Isobutangas als Treibgase bei pflanzlichen Ölen in Form von Aerosolpackungen aufgrund der Gefahr der Entflammbarkeit, die mit der zwangsläufigen Verwendung dieser Art von Aerosolpackungen in der Nähe von Wärmequellen verbunden ist, nicht zustimmen. Daher enthält sich Frankreich bei der Festlegung des Gemeinsamen Standpunkts der Stimme."

ERKLÄRUNG 2/01

ERKLÄRUNG DER KOMMISSION

Vorschusszahlungen

"Die Kommission sagt zu, die derzeit geltenden Bestimmungen für die Auszahlung der Ausgleichsbeihilfe zu überprüfen, um die Liquiditätslage der Erzeuger in der Gemeinschaft zu verbessern, und zwar insbesondere durch eine Änderung des Systems der Vorschusszahlungen im Sinne der Artikel 4 bis 7 der Verordnung (EWG) Nr. 1858/93 der Kommission und durch die systematische Nutzung der zweimonatlichen Übermittlung von Daten über die Vermarktung von Bananen."

ERKLÄRUNG 3/01

ERKLÄRUNG DER KOMMISSION

Naturkatastrophen

"Die Kommission wird prüfen, wie den Bananenerzeugern im Rahmen geeigneter Stützungsmaßnahmen bei der Bewältigung von durch Naturkatastrophen bedingten Situationen geholfen werden kann."

ERKLÄRUNG 4/01

ERKLÄRUNG DER KOMMISSION

Lagebeurteilung

"Im Lichte der von ihr auf der Ratstagung im Juni 1998 eingegangenen Verpflichtungen sagt die Kommission zu, die wirtschaftliche Entwicklung des Bananensektors, einschließlich der Erzeugereinkommen, zu prüfen, und dabei insbesondere die Auswirkungen der Änderungen der seit 1. Januar 1999 angewandten Regelung auf die Vermarktung von Gemeinschaftsbananen zu berücksichtigen."

ERKLÄRUNG 5/01

ERKLÄRUNG DER BRITISCHEN DELEGATION

"Das Vereinigte Königreich hat sich stets für eine rasche Einigung über eine revidierte EU-Bananenregelung eingesetzt, die in der Welthandelsorganisation nicht angefochten wird und in der die Verpflichtungen der EU gegenüber den AKP-Ländern, insbesondere den Ländern im karibischen Raum, zum Ausdruck kommen.

Der letzte Vorschlag zur Änderung der Verordnung Nr. 404/93 des Rates wird diesen Handelskonflikt nicht beilegen; es ist auch nicht sicher, dass die aufgrund dieses Vorschlages im Verwaltungsausschuss zu treffenden Maßnahmen die Lebensfähigkeit der bananenexportierenden Betriebe im karibischen Raum sichern. Das Vereinigte Königreich lehnt deshalb diesen Vorschlag ab."

ERKLÄRUNG 6/01

ERKLÄRUNG DES RATES UND DER KOMMISSION ZUR ÜBERWACHUNG UND KONTROLLE IN REGIONALEN FISCHEREIORGANISATIONEN

"Der Rat und die Kommission stellen fest, dass derzeit im Rat drei Vorschläge über Finanzkontrollregelungen in der Gemeinschaft, die Finanzierung der ICCAT-Kontrollmaßnahmen im Golf von Guinea und die NEAFC-Kontrollmaßnahmen geprüft werden, um unter anderem sicherzustellen, dass die Gemeinschaft ihre internationalen Verpflichtungen erfüllt. Entscheidungen über diese Vorschläge greifen jedoch künftigen Entscheidungen über Regelungen für die Überwachung und Kontrolle in regionalen Fischereiorganisationen nicht vor.

Der Rat und die Kommission stellen fest, dass die Meinungen über die Zuständigkeit für die Durchführung der Überwachungs- und Kontrollaufgaben in RFO noch auseinander gehen.

Der Rat begrüßt die Absicht der Kommission, eine Mitteilung über eine Reihe von Kontrollfragen vorzulegen, einschließlich der Kontrolle in RFO. Der Rat beabsichtigt, diese Mitteilung unter schwedischem Vorsitz zu erörtern. Der Rat wird die Frage der Überwachung und Kontrolle in RFO mit dem Ziel prüfen, bis Juni 2001 zu Schlussfolgerungen gelangen, um eine effektive und effiziente Überwachung und Kontrolle in RFO sicherzustellen.

Die Kommission wird hierzu so bald wie möglich geeignete Vorschläge unterbreiten."

JANUAR 2001	
SONSTIGE RECHTSAKTE	Veröffentlichte Abstimmungsergebnisse
2326. Tagung des Rates (Wirtschaft und Finanzen) vom 19. Januar 2001 Empfehlung des Rates zur Durchführung der Beschäftigungspolitik der Mitgliedstaaten Dok. 14465/00 + COR 1 (sv) Gemeinsamer Standpunkt des Rates im Hinblick auf den Erlass der Empfehlung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Mobilität von Studierenden, in der Ausbildung stehenden Personen, Freiwilligen, Lehrkräften und Ausbildern in der Gemeinschaft Dok. 13258/00 Stellungnahme des Rates zum aktualisierten Konvergenzprogramm Schwedens für 2000-2003 Dok. 5539/01 2327. Tagung des Rates (Allgemeine Angelegenheiten) vom 22. Januar 2001 Gemeinsamer Standpunkt des Rates zu Afghanistan Dok. 5282/01 ESVP-Errichtung ständiger politischer und militärischer Strukturen - Beschluss des Rates zur Einsetzung des Politischen und Sicherheitspolitischen Komitees Dok. 5380/01 - Beschluss des Rates zur Einsetzung des Militärausschusses der Europäischen Union Dok. 5381/01 - Beschluss des Rates zur Einsetzung des Militärstabs der Europäischen Union Dok. 5382/01 Verordnung des Rates zur Einführung eines endgültigen Antidumpingzolls und zur endgültigen Vereinnahmung des vorläufigen Zolls auf die Einfuhren von Ammoniumnitrat mit Ursprung in Polen und der Ukraine und zur Einstellung des Antidumpingverfahrens betreffend die Einfuhren mit Ursprung in Litauen Dok. 14753/00	

JANUAR 2001	
SONSTIGE RECHTSAKTE	Veröffentlichte Abstimmungsergebnisse
Verordnung des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1567/97 im Hinblick auf den Beginn der Geltungsdauer bestimmter Antidumpingmaßnahmen gegenüber Einfuhren von Handtaschen aus Leder mit Ursprung in der Volksrepublik China Dok. 5065/01 2328. Tagung des Rates (Landwirtschaft) vom 29. Januar 2001 Beschluss des Rates über die Unterzeichnung des Übereinkommens über die Erhaltung und Bewirtschaftung der Fischereiressourcen im Südostatlantik im Namen der Europäischen Gemeinschaft Dok. 5141/01 Verordnung des Rates zur zur Änderung des Anhangs der Verordnung (EG) Nr. 2042/2000 zur Einführung eines endgültigen Antidumpingzolls auf die Einfuhren bestimmter Fernsehkamerasysteme mit Ursprung in Japan Dok. 5121/01 Gemeinsamer Standpunkt des Rates betreffend die Unterstützung der Umsetzung der Waffenstillstands-Vereinbarung von Lusaka und des Friedensprozesses in der Demokratischen Republik Kongo durch die EU und zur Aufhebung des Gemeinsamen Standpunkts 1999/728/GASP Dok. 5298/01 Beschluss des Rates über den Abschluss des Konsultationsverfahrens mit Haiti im Rahmen des Artikels 96 des AKP-EG-Partnerschaftsabkommens Dok. 5201/01 + REV 1 (fr)	